

## DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter,

keine Nachrichtensendung ohne den Schnauzbar des Klägers Gauweiler. Täusche ich mich, oder nimmt er (der Schnauzbar, nicht der Kläger) tatsächlich immer mehr die Farbe der Unschuld an? Das wäre angemessen, denn Ihr, die Kläger – neben Dir auch die Sozialdemokratin Herta Däubler-Gmelin und der Linke Gregor Gysi – kommt wirklich Eurer Pflicht nach, gravierendste Veränderungen nicht einfach abzunicken und durchzuwinken, sondern die bestmögliche Prüfung – eben durch das höchste Gericht der Republik – zu erzwingen. So viel Sorgfalt will schon sein. Ich finde wieder einmal beachtlich, wie viel Du aus Deinem Mandat auf Bundesebene machst, das manche abfällig „die Hinterbank“ nennen. Offenbar kann man mit strategischem Geschick und großem Einsatz auch aus der „Tiefe des Raumes“ heraus manch großes Rad drehen.

So habt Ihr also eine weiße Weste. Aber was sollen die Herrschaften in den roten Ro-

ben tun, um „unschuldig“ zu bleiben? Die Verantwortung ist erdrückend, so oder so.

Wer will schon entweder dem nationalen Parlament das Königsrecht der Haushaltshoheit für die Zukunft beschränken oder dem ganzen Kontinent das Instrument zur Krisenbewältigung aus der Hand schlagen? In Karlsruhe ist derzeit den Richtern wohl sehr bewusst, dass Verantwortung eine schwere Bürde ist und kein fröhliches Vorrecht.

Persönlich bin ich überzeugt, dass Bundesregierung und Bundestag gute Argumente für ihre These haben, auch der neueste Rettungsschirm ESM sei mit dem Grundgesetz vereinbar. Aber Du hast schon Recht mit Deiner Beobachtung, dass die Zustimmung bröckelt. Warum?

Meiner Meinung nach auch deshalb, weil die Bundesregierung und die Parlamentsmehrheit nicht genug Kraft und Zeit darauf verwenden, ihre Position zu erklären. Das gilt nicht nur für Schwarz-Gelb, sondern auch für Rot-Grün, in besonderem Ausmaß aber für die CSU, die im Bundestag noch



## Briefwechsel

zwischen  
Peter Gauweiler und Christian UdeFeuer und Flamme  
statt „friendly fire“Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)  
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen  
Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

jedem Schritt der Kanzlerin zugestimmt hat, dann aber in Bayern glauben machen wollten, sie sei von Anfang an auf einem ganz anderen Weg. Seit Monaten dasselbe Spiel: „Bis hierher und nicht weiter!“ Und dann geht's weiter.

Und dann wird auch noch

kämpferisch ausgerufen, dass kein Bürger mehr verstehen könne, wie man selber gerade wieder einmal abgestimmt hat. Sich davonzustehlen, erspart vielleicht schmerzliche Kontroversen, wirkt aber nicht wirklich überzeugend.

Gibt es auch befügende

Themen in ernsten Zeiten? Ich musste laut lachen, als die „Süddeutsche Zeitung“ dieser Tage eine frohe Botschaft verkündete: München könnte sich doch um olympische Winterspiele bewerben! Was für eine Vision! Welch mitreißende Zukunftsmusik! Welch kühne Idee! Sie lässt Wohnungen und Sportstätten vom Himmel regnen und macht das miese Provinznest (ich rede von München, nicht von Garmisch) endlich wirklich zur Weltstadt! Das reißt einen doch mal vom Hocker!

Ältere Knaben wie Du und ich erinnern sich allerdings noch dunkel, dass lausige 70 Prozent der deutschen und der bayerischen Bevölkerung schon einmal begeistert eine Bewerbung unterstützten, von der allerdings in einer Zeitung monatelang zu lesen war, dass sie das Werdenfelser Land endgültig vernichtet, Bayerns Bauern enteignet, die Demokratie mit Knebelverträgen abschafft und die Staatsfinanzen ruiniert.

Aber jetzt droht offenbar für die „freundlichen Spiele“ kein „friendly fire“ (so nennt man

in der Nato den Beschuss der kämpfenden Truppe durch die eigene Artillerie) mehr. Das ist eine gute Nachricht für alle Befürworter der Münchner Bewerbung, die „vor Durban“, also vor der IOC-Entscheidung im Sommer letzten Jahres, zeitweise wenig Spaß bei der Frühstückslektüre hatten.

Aber reicht diese eine Kehrtwende schon aus, um den Münchner Hut in den Ring zu werfen? Ich bin wie der DOSB nach wie vor der Meinung, dass als Erstes der deutsche Sport sprechen soll und zwar in Kenntnis der internationalen Bewerberlage, dann die Politik von Bund und Land sowie die Bürgerschaft aller Austragungsorte, wobei es ohne Engagement der Wirtschaft auch nicht funktionieren wird. An unserer Bereitschaft besteht ohnehin kein Zweifel. An der Qualität der Bewerbung auch nicht.

Das wird jetzt nicht einmal mehr bestritten!

Darüber freut sich

Dein Christian